

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Reibäck, am Donnerstag, den 12. Juli 2018, mit Beginn um 19:00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde Reibäck.

Anwesend: Bürgermeister Kurt Felicetti als Vorsitzender

Mitglieder des Gemeinderates:

Hr. Andreas Kleinfurher

Hr. Thomas Stefan

Hr. Ing. Herbert Mandler

Hr. Helmut Stefan

Hr. Friedrich Kritzer

Hr. Norbert Sattler

Fr. Heidi Moser

Hr. Ing. Johann Paul Unterweger

Hr. Ing. Rupert Viehhauser

Fr. Elke Steinwender

Fr. Doris Unterrainer

Fr. Tamara Penker

Fr. Carmen Thaler

Hr. Ulf Berger

Hr. Ing. Ronald Meixner

Anwesendes Ersatzmitglied:

Hr. Robert Unterrainer

Hr. Alfred Naschenweng

Fr. Elisabeth Mörtl

Entschuldigt abwesend:

Fr. Melanie Rindler

Fr. Michaela Aichholzer

Hr. Stefan Burger

Schriftführer: Herwig Fercher

Die Zustellnachweise für die heutige Sitzung liegen vor. Der Gemeinderat ist beschlussfähig. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der Allgemeinen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung vom Bürgermeister auf den heutigen Tag mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Fragestunde
2. Bestellung der Protokollunterfertiger
3. Kindergartenerweiterung – Schaffung der Infrastruktur für die dritte Gruppe; Auftragsvergaben
4. Regelung der Schüler- und Kindergartentransporte ab dem Schuljahr 2018/19; Festlegung der Tarife und Selbstbehalte
5. Generalsanierung VS Reibäck; Auftragsvergabe für die Notbeleuchtung
6. Schihütte Raunigwiese; Neuregelung des Pachtverhältnisses mit Frau Manuela Gasser
7. R8 Glocknerradweg; Übernahme des Kostenteiles für die Errichtung einer Kastenleitschiene im Bereich des Gasthauses Penker Wirt und Gewährung einer Wirtschaftsförderung
8. Inangriffnahme des Projekts „Ortskernstärkung und städtebaulicher Wettbewerb“; Fassung eines Grundsatzbeschlusses
9. Bericht des Kontrollausschusses
10. 40 Jahre Gemeindepertnerschaft Reibäck-Königsbronn; Information über den Ablauf der Festlichkeiten Ende September 2018

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister begrüßt das Kollegium des Gemeinderates, das im Zuhörerraum anwesende Publikum sowie den Schriftführer. Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist.

Mit einem Hinweis auf die bereits begonnene Urlaubszeit begründet er die Abwesenheit der drei heute entschuldigten Mitglieder und listet die Ersatzmitglieder namentlich auf. Daraufhin eröffnet er die Sitzung um 19.00 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Die heutige Fragestunde entfällt, nachdem keine schriftlichen Anfragen eingelangt sind.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zur Unterfertigung des Sitzungsprotokolls werden die Mitglieder GR Doris Unterrainer und GR Helmut Stefan bestimmt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat darüber, dass es bei den Kleinkindern eine noch nie dagewesene Zahl an Anmeldungen für den Kindergarten gibt. Diese Entwicklung ist zwar erfreulich, stellt die Gemeinde aber vor neue Aufgaben. Für die notwendige dritte Gruppe (21 Kinder mehr wie im Vorjahr) sind der entsprechende Platz und die Infrastruktur für das Kindergartenjahr 2018/19 zu schaffen. Bekanntlich ist die Gemeinde ja nicht Betreiber, stellt aber die Räumlichkeiten zur Verfügung. Im Vorfeld wurde daher mit der Kindergartenleiterin, Frau Melanie Dorfer, und der Kindergarteninspektorin des Landes eine Begehung durchgeführt. Von den zwei Varianten, den zusätzlichen Gruppenraum zu schaffen, setzte sich letztlich der Bewegungsraum gegenüber der Variante in der Mediathek durch. Hier war vor allem der Vorteil des räumlichen Zusammenhangs entscheidend. Neben der Ausstattung mit dem nötigen Mobiliar fällt vor allem die Schaffung der entsprechenden Spielfläche im Freien finanziell ins Gewicht. Hier sind die Richtlinien für die Gruppengrößen zu erfüllen. Nachdem man den Spielplatz auf der Nordseite nicht zusätzlich zu Lasten des Schulplatzes erweitern wollte, verblieb nur die Fläche direkt vor den Gruppenräumen, also auf der Südseite des Kindergartens. Nach einigen Beratungen vor Ort soll jetzt an Stelle des für die Sicherung des Areals ursprünglich vorgesehenen Maschendrahtzaunes ein Zaun aus Doppelstabgitter in 1,5 m Höhe realisiert werden.

Referent Vizebürgermeister Thomas Stefan erklärt, dass bei der Umsetzung Sparsamkeit angesagt ist, weil die Genehmigung des Landes für die dritte Gruppe auf ein Jahr befristet erteilt wurde und die Entwicklung der Kinderzahlen für das Folgejahr noch offen ist. Für die Errichtung des Zaunes, einschließlich Versetzen und Fundierung liegt ein Angebot der Firma Noisternig aus der Teuchl vor. Die geprüfte Anbotssumme beträgt € 11.580,-- abzüglich 5 % Skonto. Zusätzlich gibt es das Zugehörigkeit an die Kindergartenleiterin, die notwendigen Möbelstücke und Einrichtungsgegenstände anzuschaffen. Dafür wurde eine Obergrenze von € 8.000,-- festgelegt. In Summe muss die Gemeinde daher rund € 19.000,-- brutto für die dritte Kindergartengruppe aufbringen. Obwohl die Bedeckung durch den Kindergartenbonus eigentlich gegeben war, hat der Referent in Absprache mit dem Bürgermeister ein Ansuchen um finanzielle Unterstützung an den Gemeindeferenten, LR Ing. Fellner, gerichtet. Dieser hat erfreulicher Weise mündlich eine Unterstützung als BZ außerhalb des Rahmens in Höhe von € 15.000,-- zugesagt. Das bedeutet, dass der tatsächliche Aufwand für die Gemeinde überschaubar bleibt. Der Referent gibt aber auch zu bedenken, dass sich der jährliche Betriebsabgang im Kindergarten durch die dritte Gruppe um rund € 25.000,-- bis € 30.000,--

erhöhen wird. Die entsprechenden Vorkehrungen werden im 2. Nachtragsvoranschlag und im Budget 2018 zu treffen sein. Er tritt dafür ein, Bewusstseinsbildung zu betreiben und den Eltern und der Bevölkerung klar zu machen, dass das Wohlergehen der Kinder der Gemeinde ein echtes Anliegen ist, dass dafür aber auch sehr viel Geld benötigt wird. Diese Auffassung wird vom Gemeinderat vollinhaltlich geteilt.

GR Tamara Penker fragt in der Diskussion, warum die Hecke an der Südwestecke des Kindergartens entfernt wurde. Der Bürgermeister erklärt, dass dies aus zwei Gründen notwendig war. Einerseits waren es Sicherheitsgründe. Es gab durch die wuchernde Hecke häufig das Problem der Sichtbehinderung für Verkehrsteilnehmer an diesem unübersichtlichen Kreuzungspunkt. Andererseits nahm die Hecke relativ viel Platz weg, der jetzt für die Freifläche beim Kindergarten benötigt wird. Zweifellos war die Hecke ein wirksamer Sichtschutz. Die Entscheidung musste aber jetzt, angesichts der laufenden Bauarbeiten, rasch getroffen werden. Ein Sichtschutz für die Kindergartenkinder wird aber auch künftig teilweise nötig sein (Westseite für die WC-Fenster/Südseite für die Spielfläche). Über eine brauchbare Lösung wird man sich noch Gedanken machen.

Nach Ende der Beratung stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen, den Auftrag für die Herstellung der Zaunanlage an die Firma Noisternig zum Brutto-Angebotspreis von € 11.580,-- (abzüglich 5 % Skonto) erteilen und die Kindergartenleiterin mit der Ermächtigung ausstatten, die notwendigen Einrichtungsgegenstände für die dritte Kindergartengruppe mit einer Obergrenze von € 8.000,-- anzukaufen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass anlässlich des Beschlusses zur Schließung der VS Penk vom Gemeinderat am 2. Juni 2016 auch die Festlegung getroffen wurde, für das Schuljahr 2016/17 einen Gratis-Schülertransport mit der Firma HPV anzubieten. Dieser Transport wurde – ohne weiteren Beschluss – auch im laufenden Schuljahr fortgesetzt. In Anbetracht einer fehlenden Regelung für eine Dauerlösung und wohl auch im Hinblick auf die Kosten des Transports, gilt es, die weitere Vorgangsweise festzulegen. Die Entscheidung ist schwierig, weil die Sicherheit der Kinder natürlich im Mittelpunkt steht, zumal die B 106 mit den notwendigen Querungen bei den Haltestellen eine latente Gefahrenquelle darstellt. Andererseits fallen für die Gemeinde alljährlich Kosten in der Größenordnung von rund € 20.000,-- an und es gibt den Linienbus vom Verkehrsverbund. Der Finanzausschuss, der sich in seiner letzten Sitzung mit der Materie befasst hat, hat empfohlen, den Bustransfer 2018/19 nochmals kostenlos durchzuführen. Über einen Kostenbeitrag für den Schülertransport ab 2019/20 ist aber zu diskutieren. Über die mögliche Kostenbeteiligung müssten die Eltern dann zeitgerecht informiert werden.

Referent Vizebürgermeister Thomas Stefan erklärt, dass laut Aufstellung der Firma HPV für 19 Kinder, die vom Schülertransport Gebrauch machen, durch die Gemeinde ein monatlicher Beitrag von ca. € 120,-- pro Kind und Monat aufzubringen ist. Dem Gratistransport der Schulkinder steht die Beförderungsleistung für die Kindergartenkinder gegenüber: Hier müssen die Eltern einen Beitrag von € 25,-- je Kind und Monat leisten.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger berichtet, dass im Ausschuss sehr ausführlich über den Schülertransport diskutiert wurde. Die vorgeschlagene Lösung, im kommenden Schuljahr

nochmals einen Gratistransport anzubieten, jedoch zeitgerecht und unter Einbindung der Eltern, die künftige Vorgangsweise festzulegen, sieht er als gute Lösung an. Im ersten Quartal 2019 muss es Gewissheit für alle Beteiligten geben, wie es weitergehen soll. Dazu hat er auch die Idee geäußert, eventuell den Verkehrsverbund für 2019/20 zu einer gemeinsamen Lösung zu bewegen. Dafür müssten die Buszeiten der öffentlichen Linie an die Unterrichtszeiten angepasst werden.

GV Carmen Thaler erwähnt, dass auch im Gemeindevorstand angeregt über das Thema diskutiert wurde. Hier kam die Idee, evtl. Schülerlotsen für die sichere Begleitung der Kinder einzusetzen. Vielleicht gelingt es, dafür Eltern und/oder ambitionierte Bürger zu finden. Die angesprochene Sensibilisierung der Bevölkerung für die Leistungen der Gemeinde und die Setzung von Prioritäten wird dabei nochmals betont. Das Ersatzmitglied Alfred Naschenweng regt in diesem Zusammenhang auch an, nach Möglichkeit die Exekutive für die Schulwegsicherung einzubinden.

Auf die aufgeworfene Frage, wie hoch der Elternbeitrag bei einer Weiterführung des Schülertransports sein könnte, antwortet der Vorsitzende, dass darüber noch keine Festlegung getroffen wurde. Die weitere Vorgangsweise soll zeitgerecht im Dialog mit den betroffenen Eltern festgelegt werden. Zweifellos ist die Sicherheit der Kinder ganz entscheidend. Es muss aber auch gesagt werden, dass die freiwilligen Leistungen der Gemeinde an gewisse Grenzen stoßen.

Beide Vizebürgermeister bekennen sich in weiteren Wortmeldungen zum offenen Dialog mit den Eltern, um zeitgerecht zu einer gemeinsamen Lösung zu gelangen. Es soll jedenfalls auch der Versuch unternommen werden, mit DI Heschtera vom Verkehrsverbund eine gemeinsame Lösung anzustreben. Hier gibt es auch Bereitschaft von der Schulleitung, die Unterrichtszeiten im Bedarfsfall an die Buszeiten anzupassen. Der Schulreferent spricht die Freiheit der Eltern an, selbst wählen zu können, ob sie künftig den öffentlichen Bus nutzen (was ein Schüler von Anfang an praktiziert), die Kinder selbst transportieren oder einen entsprechenden Beitrag zum Gemeindebus leisten wollen.

GR Elke Steinwender erinnert an das Versprechen gegenüber den Eltern aus Penk anlässlich der Schulschließung. Eine Änderung beim Transport kann nach ihrer Ansicht ohnehin nur im Einvernehmen mit den betroffenen Eltern erfolgen. Der Bürgermeister erklärt dazu, dass dieses Versprechen dezidiert nur für ein Schuljahr abgegeben worden war. Der Gratistransport wurde zunächst stillschweigend weitergeführt. Aber es muss für die Zukunft eine dauerhafte Lösung geben.

Nach Abschluss der Beratung stellt GR Ing. Herbert Mandler den Antrag, der Gemeinderat möge den vorliegenden Empfehlungen folgen und beschließen, den kostenlosen Schülertransport für die Penker Volksschulkinder auch im Schuljahr 2018/19 durchzuführen. In der Folge soll im gemeinsamen Dialog mit Eltern und Schulleitung zeitgerecht eine gemeinsame Lösung für die Zukunft getroffen werden.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister führt aus, dass es beim Schulbau immer wieder Zusatzausgaben gibt, die ursprünglich nicht vorgesehen waren. Das ist bei einer großangelegten Sanierung allerdings kaum zu vermeiden. Im Zuge der Sanierung ist jetzt das dringende Erfordernis der Installierung einer

Notbeleuchtung aufgetreten. Zur Berichterstattung übergibt er das Wort dem Schulreferenten Vizebürgermeister Thomas Stefan. Dieser erklärt, dass die Notwendigkeit einer Notbeleuchtung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Brandschutzkonzepts aufgetaucht ist. Hier sei man allerdings sparsam vorgegangen. Weil für die Erstellung eines Brandschutzkonzepts durch einen externen Sachverständigen ein Honorar in Höhe von rund € 6.000,-- angefallen wäre, ist Bauamtsleiter DI Stefan Unterweger die offenen Fragen mit einem Mitarbeiter des Landesfeuerwehrverbandes durchgegangen. Es sind dabei einige Punkte zu erfüllen. Maßgeblich ist aber die Schaffung einer Notbeleuchtung für Turnsaal und Schule. Es liegt dafür ein Angebot der Firma Elektro Messner vor. Die Materialkosten sind mit € 10.874,52 brutto komplett angeboten. Für die Arbeit gibt es allerdings nur eine Verrechnung über Regiestunden und es wird dafür ein Aufwand von rund € 8.000,-- zu kalkulieren sein, sodass insgesamt Kosten in Höhe von rund € 18.000,-- anfallen werden.

In der angeregten Diskussion zu diesem Punkt fragt zunächst GR Tamara Penker an, ob die mit der Umsetzung befassten Professionisten und Planer nicht von Haus aus alle Erfordernisse in die Kalkulation mit einzubeziehen gehabt hätten. Der Bürgermeister pflichtet der Fragestellerin grundsätzlich bei. Immerhin beträgt der Mehraufwand für all die Zusätze und Nachträge jetzt schon rund € 350.000,-- und es sei nicht lustig, ständig „Canossagänge“ nach Klagenfurt zu unternehmen, um die Kostensteigerungen zu rechtfertigen.

Auch GV Carmen Thaler weist darauf hin, dass es einen Baukoordinator gibt, der alle Eventualitäten zu berücksichtigen und die Richtlinien zu erfüllen hat. Es wäre auch seine Aufgabe, für Unvorhergesehenes ein gewisses Polster vorzusehen.

Der Bürgermeister und GR Ing. Herbert Mandler nehmen Ing. Hosner diesbezüglich in Schutz. Er habe eine hohe Beratungsqualität, sei der Gemeinde in einigen Punkten schon entgegengekommen und letztlich schlägt auch sein Honorar nicht auf die unvorhergesehenen Mehrausgaben durch. Auch GR Ing. Rupert Viehhauser stellt Ing. Hosner, den er aus seiner früheren beruflichen Tätigkeit schon lange kennt, ein gutes fachliches Zeugnis aus. Er meint, dass man halt mit öffentlichem Geld wirklich sehr sorgsam umgehen muss und im Einzelfall über finanzielle Zugeständnisse zu reden ist.

Vizebürgermeister Thomas Stefan beendet die Debatte indem er darauf hinweist, dass Ing. Hosner im Zuge der Bauumsetzung erst darauf hingewiesen hatte, dass ein Brandschutzkonzept fehlt. Er konnte ja davon ausgehen, dass dieses bereits existiert. Fairerweise muss daher angemerkt werden, dass er jetzt in der Umsetzung des Konzepts mit der Notbeleuchtung gar nicht mehr eingebunden war, sondern dass die Anbahnung und Abwicklung über DI Stefan Unterweger erfolgte. Der in der Diskussion angesprochene Umstand, warum die Fa. Messner die Arbeit nicht mit einem Fixbetrag anbietet, sieht der Vizebürgermeister darin begründet, dass die LEDs z. T. in die Handläufe einzufräsen sind und einzelne Lichtpunkte nicht absehbare Bohrungen und Verlegearbeiten verursachen werden. Der Umfang ist schwer abzuschätzen.

Nach Abschluss der Beratung stellt dazu GV Andreas Kleinfurter den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den Auftrag für die Herstellung der Notbeleuchtung an die Firma Messner aus Kolbnitz vergeben. Grundlage für die Vergabe bildet das vorliegende Angebot mit einem Materialaufwand von € 10.874,52 brutto sowie die geschätzten Regiearbeiten für die Montage in Höhe von rund € 8.000,--.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass im Vorjahr der Pachtvertrag mit Manuela Gasser (damals noch Kogler) für die Schihütte Raunigwiese um ein Jahr – bis Ende Juni 2018 – verlängert worden war. Innerhalb dieser Jahresfrist sollte durch beide Vertragsparteien eine längerfristige Lösung erarbeitet werden. Die Problematik, dass die Gemeinde alle Instandhaltungen trägt und nur einen geringen Pacht einnimmt, gepaart mit den schneearmen Wintersaisons und den Rechten des Grundbesitzers (Familie Angermann) machen die Situation insgesamt nicht leicht. Der Finanzausschuss hat in seiner letzten Sitzung über die Möglichkeit der künftigen Vertragsgestaltung beraten. Der Bürgermeister verliest die Eckpunkte der Ausschussempfehlung, die wie folgt lauten:

- 5 Jahre Pachtdauer
- Erfordernis der Zustimmung von Familie Angermann
- Betriebskosten wie gehabt/Tragung der Fäkalienabfuhr durch die Gemeinde 1 x jährlich nur bei Liftbetrieb
- Unveränderter Pachtzins von € 500,-- pro Jahr

Wie der Vorsitzende weiter berichtet, hat der Gemeindevorstand in seiner heutigen Sitzung über den Sachverhalt beraten und ist zu dem Schluss gekommen, dass man der Empfehlung des Finanzausschusses nicht folgen möchte. Die offenen Punkte, wie geringe Anzahl der Lift-Betriebstage, Investitionsbedarf an der Terrasse und den WC-Anlagen, aber auch die zugesicherten Rechte an die Grundbesitzer, müssen vor Abschluss eines längerfristigen Vertrages ganz klar geregelt und im Einvernehmen mit den Beteiligten besprochen werden. Aus diesem Grund hat sich der Gemeindevorstand dafür ausgesprochen, die Verlängerung des ausgelaufenen Vertrages nochmals auf ein Jahr, also bis Ende Juni 2019 zu unveränderten Konditionen zu erstrecken und bis zum Ende der Laufzeit eine dauerhafte Lösung mit den Beteiligten festzulegen.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger begrüßt die jetzt in Rede stehende auf ein Jahr befristete Regelung als brauchbare Übergangslösung. Es gibt zu viele offene Fragen, die einvernehmlich zu lösen sind. Für ihn stellt sich neben den aufgeworfenen Punkten ohnedies die entscheidende Frage, wie es mit dem Lift grundsätzlich weitergehen soll.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den mit Ende Juni 2018 ausgelaufenen Pachtvertrag mit Frau Manuela Gasser zu unveränderten Konditionen um ein weiteres Jahr verlängern.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass sich die junge Familie Oberrainer beim Penker Wirt erfreulicher Weise zu einer riesigen Investition und zum völligen Umbau mit Erweiterung der traditionsreichen Gaststätte entschlossen hat. Im Zusammenhang mit der Baumaßnahme war im Betriebsbereich auch die Umlegung der Radwegtrasse R8 im Einvernehmen mit der Bundesstraßenverwaltung abgesprochen worden. Auf einer Länge von rund 120 Laufmetern wurden die Verbreiterung des Weges von 1,10 m auf 2,50 m und die Absicherung zur B 106 mittels Kastenleitschiene fixiert. Diese Lösung stellt eine Verbesserung der Situation für alle Radwegbenutzer dar. Mit Land und Radwegkoordinator wurde die übliche Drittellösung für die Finanzierung vereinbart. Demnach

hätten das Land, die Gemeinde und der Penker Wirt von den Gesamtkosten in Höhe von € 23.100,-- je ein Drittel, also € 7.700,--, zu übernehmen. Die Arbeiten waren für das kommende Jahr vorgesehen. Dann gab es einen Anruf vom Leiter des Straßenbauamtes, DI Horst Tuppinger, wonach die Arbeiten vorgezogen und noch heuer im April/Mai durchgeführt werden sollten. Hier musste eine rasche Entscheidung gefällt werden und deshalb gab es von ihm eine telefonische Zusage. Für ihn stand auch außer Zweifel, dass der Drittelanteil von Familie Oberrainer durch die Gemeinde übernommen wird und als Wirtschaftsförderung für die riesige Investition zu bewerten ist. Auch diese Zusage sei von ihm – vorbehaltlich nachfolgender Beschlüsse – umgehend erteilt worden.

Während die Gewährung einer Wirtschaftsförderung an den Penker Wirt von den Gemeinderäten außer Streit gestellt wird, bemängelt vor allem GR Elke Steinwender die Vorgangsweise des Bürgermeisters. Er habe ohne einen Rundruf beim Gemeindevorstand oder den Referenten die Zusage erteilt und die erforderliche Beschlussfassung soll jetzt mit großer zeitlicher Verzögerung nachgeholt werden. Immerhin habe sich Hannes Oberrainer schon im Anschluss an die letzte Gemeinderatssitzung für die Zusage der Förderung bedankt, ohne dass die Mandatäre über das Vorgehen informiert waren.

Auch GR Ulf Berger meint, dass – wenn schon nicht ein Umlaufbeschluss im Gemeindevorstand – so zumindest ein Rundruf unter Referenten und Vorstandsmitgliedern korrekt gewesen wäre. Der Bürgermeister rechtfertigt sich damit, dass es galt gegenüber der Straßenverwaltung unmittelbar beim Telefonat mit DI Tuppinger zu entscheiden. Die Information sei dann wohl auch unterblieben, weil er unmittelbar danach in den Urlaub gegangen sei.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger relativiert die Kritik und erklärt, dass es schon letzte Woche ein Gespräch zwischen dem Bürgermeister und ihm über einige offene Punkte geben hätte sollen. Der Termin sei wegen seiner kurzfristigen Verhinderung nicht zustande gekommen. Dieses Gespräch konnte erst heute unmittelbar vor der Sitzung des Gemeindevorstandes nachgeholt werden und es wurden einige anstehende Punkte, wie u.a. diese Radweglösung besprochen. Damit steht auch der heutigen nachträglichen Beschlussfassung von seiner Seite nichts im Wege.

Nach Ende der Beratung stellt GR Ing. Herbert Mandler den Antrag, der Gemeinderat möge der vom Bürgermeister erläuterten Drittellösung für die Radwegverlegung und Errichtung einer Kastenleitschiene im Bereich der Gaststätte Penker Wirt die Zustimmung erteilen. Der von Familie Oberrainer zu tragende Kostenanteil von € 7.700,-- soll ebenfalls durch die Gemeinde übernommen und in Form einer Wirtschaftsförderung für die große Investition gewährt werden.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass die zeitweilige Schließung des SPAR-Marktes im Ortsbereich von Unterkolbnitz Anlass dafür war, innerhalb der Gemeinde und auch in Absprache mit den Handelsketten über einen neuen Standort an der Mölltalbundesstraße nachzudenken. Ein mögliches Projekt westlich des Gemeindeamtes unter Einbindung des lang gehegten Wunsches der Gemeinde, damit auch die Umsetzung eines Vereinshauses (Haus der Musik) zu realisieren, wurde ernsthaft ins Auge gefasst. Gemeinsam mit dem Obmann des Wirtschaftsausschusses war er diesbezüglich auch auf der Gemeindeabteilung vorstellig. Grundlage für die Gespräche war ein von ihm in Auftrag gegebenes Vorprojekt, welches vom Büro Kusternigg erstellt worden war. Der Entwurf enthielt neben Nahversorger und Musikhaus auch eine Option auf eine dritte Ebene (Ärzte-

haus – mittlerweile hinfällig/Wohnen). Während diese Idee im Vorjahr von der Gemeindeabteilung keine Zustimmung erhalten hatte, gab es bei einem zweiten Anlauf heuer einen Sinneswandel seitens der Gemeindeaufsicht. Das „Alpe-Adria-Trail-Center“ fand grundsätzlich Gefallen und beim Gespräch im Amt der Kärntner Landesregierung wurde durch Mag. (FH) Reinhold Pobaschnig die Weichenstellung für die Verfolgung der Ziele der Gemeinde gelegt. Bei einem Besuch vor Ort durch DI Erich Fercher von der Abteilung 2 und DI Elias Molitschnig BSc wurden die Eckdaten abgesteckt. Die Experten des Landes haben eine bloße Fixierung auf den Standort westlich des Gemeindeamtes als zu kleinräumig und u. U. nicht zielführend erachtet. So wurde der gesamte Raum im Bereich zwischen dem Sägewerksareal Bugelnig und dem sogenannten Hippiepark besichtigt. Dabei haben die Vertreter des Landes grundsätzliche Überlegungen angestellt und sich den nötigen „Input“ für die nächsten Schritte geholt. Dieser gesamte Unterkolbnitzer Kernbereich soll in die Betrachtung und Planung einfließen, um die Möglichkeiten der Schaffung eines echten Ortskerns rund um das Gemeindeamt auszuloten.

Als Ergebnis der Gespräche und der Besichtigung vor Ort liegt das Schreiben der Abteilung 3 vom 23. 04. 2018, Zahl: 03-GRE-10/21-2018, vor. DI Molitschnig hat darin den denkbaren Ablauf für die weiteren Schritte zur Ortskernstärkung skizziert. Dieses Schreiben liegt dem Gemeinderat vor. Es sieht vor allem einen städtebaulichen Wettbewerb zur Lösungsfindung vor. Die Finanzierung des Preisgeldes ist durch das Land zugesagt (€ 12.500,-- laut Schreiben). Der Bürgermeister informiert jedoch zusätzlich, dass es mittlerweile vorgesehen ist, fünf Architekten/Planer in den Wettbewerb einzubeziehen und insgesamt € 15.000,-- dafür auszuschütten. Auch hier gibt es für die Finanzierung durch das Land schon eine mündliche Zusage.

Jetzt gilt es einen Grundsatzbeschluss zu fassen und damit ein klares Bekenntnis zur Ortskernstärkung und zur Abhaltung des Wettbewerbes abzugeben.

In der Diskussion begrüßt GR Ing. Rupert Viehhauser die Sache und fragt an, wie sich die Mandatare ins Projekt einbringen können. Dazu meint der Bürgermeister, dass der Wettbewerb für ihn den ersten Schritt darstellt. Erst danach, bei der Umsetzung und Ausgestaltung, sieht er die Beteiligung durch den Gemeinderat als wichtigen Teil an. Er weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass sowohl die SPAR, die sich dazu bekannt hat „im Boot zu sein“ als auch weitere Nahversorger, mit denen es zahlreiche Gespräche gab, an einer Beteiligung interessiert sind. Klare Zusagen zum Standort an der B 106 gibt es von der AUSTRIA Tabak und auch von der Post. Während bei den bisherigen Gesprächen immer GR Ing. Mandler und zumeist der Amtsleiter eingebunden waren, möchte er künftig einen breiteren Kreis mit der Thematik befassen, gerne auch unter Einbindung der FPÖ-Fraktion. Jedenfalls wird die Einladung dazu auch an GR Ulf Berger ergehen.

GR Ing. Herbert Mandler erwähnt, dass die offene Frage Veranstaltungs-/Vereinsgebäude seit Jahren Thema in der Gemeinde ist. Die Situation rund um den Nahversorger hat eine neue Dynamik in die Sache gebracht. Zur heute kurz angesprochenen Frage von Eigentumswohnungen meint er, dass diese sehr wohl Sinn machen, wenn die Größe passt und die Wohnungen leistbar sind (Beispiel Seniorenwohnungen). Das sind aber sicher Dinge, die im Entscheidungsprozess zu überlegen sind. Es ist gut, dass man „Außenstehende“ einbindet, weil man als Ortsbewohner oft nicht den Blick für die richtigen Lösungen hat. Der Wirtschaftsausschuss hat sich ja auch mit diesem Punkt befasst und die angedachte Lösung mit dem Wettbewerb einstimmig gut geheißt.

Auf Anfrage von GR Tamara Penker stellt der Bürgermeister klar, dass für die Gemeinde aus dem Wettbewerb keine Folgekosten entstehenn und es auch keine Verpflichtung zur Umsetzung des Siegerprojekts gibt. In diesem Zusammenhang sagt der Vorsitzende aber auch, dass die Kredit-

kosten derzeit sogar einen Bau ohne Förderungen nicht unmöglich erscheinen lassen. (Beispiel auf aktuelle Anfrage: € 2,5 Mio Kredit mit Fixverzinsung von 0,8 % auf 15 Jahre).

GV Carman Thaler tritt für die Fassung des Grundsatzbeschlusses ein. Ihrer Auffassung nach braucht es Innovationen. Architekten gehen mit dem nötigen Weitblick an derartige Themen heran.

Das Ersatzmitglied Alfred Naschenweng meint, dass ein klarer Wille des Landes spürbar sei, Landgemeinden zu stärken. Er verweist auf mehrere derzeit laufende Projekte in den benachbarten Gemeinden Lendorf und Mühldorf. Er sieht die jetzige Situation als Chance, die man nützen sollte.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger pflichtet seinem Vorredner bei. Die Gemeinde hat zwar mit Architektenwettbewerben bisher keine guten Erfahrungen gemacht. Aber hier handelt es sich um eine Möglichkeit, etwas Zukunftsträchtiges zu entwickeln. Einen gewissen Interessenskonflikt sieht er in der Kombination Nahversorger und Wohnbebauung. Davon ist man in jüngerer Vergangenheit eher abgekommen, weil es in den frühen Morgenstunden und auch nachts durch Anlieferungen häufig zur Lärmbelastungen kommt. Er verweist in diesem Zusammenhang auch noch auf vorhandenes Potenzial im Amtsgebäude und im Haus Unterkolbnitz 16. Dem Wettbewerb steht er aber – wie gesagt – positiv gegenüber. Man kann ja dann die guten Ergebnisse gemeinsam weiter entwickeln.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Bürgermeister selbst den Antrag, den vorliegenden Empfehlungen von Gemeindevorstand und Wirtschaftsausschuss zu folgen und den Grundsatzbeschluss zu fassen, das Projekt Ortskernstärkung in Angriff zu nehmen und dazu den städtebaulichen Wettbewerb auszuschreiben.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erklärt, dass es am 23. Mai eine Sitzung des Kontrollausschusses gegeben hat und erteilt dem Ausschussobmann, GR Ulf Berger, das Wort zur Berichterstattung. GR Ulf Berger berichtet, dass die Kontrollausschusssitzung erstmals mit dem neuen System GeORG erfolgt ist. D.h. die Belegprüfung erfolgte praktisch elektronisch. Das Programm hat sich dabei als sehr benutzerfreundlich erwiesen und beim Ausschuss guten Anklang gefunden. Die Belegprüfung – es wurden die Belege Jänner bis April 2018 geprüft – ergab keinerlei Beanstandungen. Weiters wurden die laufenden Pachtverträge überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass einige Verträge bereits abgelaufen sind, wie etwa mit dem SV Kolbnitz, dem SV Penk und Otto Gregoritsch. Bei einem weiteren Vertrag mit der SG-Reißeck, betreffend den Sportpaltz Kolbnitz, wurde dringender Handlungsbedarf geortet, weil sich der Verein ja aufgelöst hat.

Der Bürgermeister nimmt zu den Verträgen Stellung und erklärt, dass es grundsätzlich eine stillschweigende Weiterführung gibt, sofern die Zahlungen weiterlaufen. Zur SG-Reißeck stellt er richtig, dass die Auflösung des Vereines nie erfolgt ist. Die Funktionen wurden mittlerweile neu vergeben und Siegfried Egger steht dem Verein als Obmann vor. Hier haben sich die Fußballspieler abgesprochen und nutzen für die zwei Plätze in Penk und Kolbnitz durch die Bindung an zwei große Dachverbände gewisse Vorteile aus. Eine Adaptierung bzw. Neufassung der Verträge mit den Sportvereinen soll aber angestrebt werden. Zum Fall Gregoritsch erklärt er, dass der kleinere Teil

der Pachtfläche ja mittlerweile an ihn verkauft wurde. Für die Restfläche, die im Anlassfall als Parkplatz bei den Heimspielen des SV Penk genutzt wird, läuft unter Umständen noch ein alter Dauerauftrag von Otto Gregoritsch weiter. Diese Sache werde man abklären.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger beruft sich als Sportstättenreferent ebenfalls auf die Verlängerungsautomatik bei Weiterzahlung. Die Verträge sind meist mit einer befristeten Laufzeit von 25 Jahren ausgestattet gewesen, damit die Sportvereine bei Investitionen in den Genuss von Förderungen kommen. Wegen der Neufassung der Verträge gab es schon unter seinem Vorgänger Michael Gradnitzer Gespräche mit den Vereinsvertretern. Man werde sich die Sache ansehen und die nötigen Schritte setzen.

Damit wird der Bericht des Kontrollausschusses vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und der Punkt abgeschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister weist auf das große Jubiläumsfest am letzten Septemberwochenende hin und streicht hervor, dass die Abhaltung des Festaktes in der Sporthalle vor allem ein Anliegen von Bürgermeister Michael Stütz war. Bürgermeister Stütz möchte zu diesem Anlass auch unbedingt eine Festbroschüre herausgeben, welche jetzt durch ein eigenes Chronikteam in der Partnergemeinde erstellt wird. Sowohl er, als auch AL Herwig Fercher, der in der Folge das Festprogramm erläutert, streichen den erfreulichen Umstand hervor, dass es gelungen ist, MEP Prof. Eugen Freund als Festredner für den 28. September zu gewinnen.

Der Amtsleiter ersucht den Gemeinderat schon jetzt, sich voll ins Festprogramm einzubringen und ähnliche Gastfreundschaft an den Tag zu legen, wie sie die Reißecker immer in Königsbronn erfahren dürfen. Froh sei man, dass mittlerweile das Programm der Musikkapellen klar feststeht und dass es am Stanerplatz ein Zelt geben wird. Hier ist auch am Freitag nach dem Festakt die Bewirtung der Gäste und ein gemütliches Zusammensitzen vorgesehen. Das vorläufige Programm ist diesem Protokoll als Anhang beigegeben.

Damit ist die Berichterstattung zu diesem Punkt beendet.

Nach Erledigung der Tagesordnung erteilt der Bürgermeister nochmals Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger das Wort. Dieser möchte aus gegebenem Anlass über den Stand der Dinge in der **Angelegenheit PUMPLÄRM VERBUND** berichten.

Ing. Johann Paul Unterweger bedankt sich für die Möglichkeit der Berichterstattung, die ihm als Umweltreferent kurzfristig eingeräumt wurde und informiert in der Folge den Gemeinderat und die anwesenden Zuhörer darüber, dass die heutige Information vor allem damit zusammenhängt, dass es am 16. September 2018 ein großes Fest mit einem Tag der offenen Tür beim Verbund geben wird. Sodann gibt er in geraffter Form einen Abriss über die jüngste Entwicklung und den Status Quo. Während der Resonator am östlichen Leitungsstrang gute Ergebnisse gezeigt hat, sind die Erfolge hinsichtlich Lärmschutz auf der Westseite (also auf der Kolbnitzer Seite) leider nicht so gut. Die Ergebnisse sind interessanter Weise nicht nur von der Länge der Resonatoren sondern auch von

der Wassertemperatur abhängig. Derzeit gibt es eine Revision an der zweiten Pumpe, sodass ein „Echtlauf“ ohnehin nicht möglich ist. Weil zuletzt der erste Messzyklus wegen einer Störung abgebrochen werden musste, gab es im Juni neuerliche Messungen, bei denen auch ein Gerät im Haus Königsreiner in Zandlach 106 platziert war. Die Ergebnisse waren aber leider nicht wirklich zufriedenstellend.

Der Referent berichtet weiters, dass sich eine Gruppe der Bürgerinitiative mit einem unabhängigen Schalltechniker getroffen hat. Die daraus resultierenden Vorschläge wurden der Firmenleitung übermittelt. Weiters gab es bekanntlich ein Treffen mit GF Gruber, der sich kooperativ zeigt. Die BI möchte aber ganz klar zum Ausdruck bringen, dass man sich nicht mit einer Minimallösung, d.h. mit Werten knapp unter den gesundheitlichen Grenzwerten „abspeisen“ lässt. Derzeit laufen, wie gesagt Revisionsarbeiten und im August soll es dann den geforderten Bericht an das BMVIt geben. Es bleibt abzuwarten, wie dann die Ergebnisse aussehen.

Insgesamt muss man leider sagen, dass sich die Geschichte jetzt schon seit 2015 zieht und die am stärksten betroffenen Gemeindebewohner keine wirkliche Entlastung erfahren haben. Sollte es jetzt bis August keine zufriedenstellende Lösung geben, möchte die BI natürlich den Tag der offenen Tür am 16.9.2018 nutzen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dabei setzt die Gruppe auf die Unterstützung durch die Gemeindevertretung. Nur mit gemeinsamer Anstrengung kann es gelingen eine wirksame Verbesserung zu erreichen.

Alexandra Königsreiner, die Sprecherin der BI, ergreift kurz das Wort. Sie betont, dass das Anliegen der Bewohner gänzlich überparteilich und nur zum Wohle der Reißerker Bürger verfolgt wird. Es gilt, die Lebensqualität für alle zu verbessern. Niemals war die Initiative direkt gegen Mitarbeiter des VERBUND gerichtet, wie es häufig falsch kolportiert bzw. in der Bevölkerung diskutiert wird. Sie lädt alle ein, sich bei einem Kaffee im Haus Königsreiner von der unbefriedigenden Situation und der aktuell fehlenden Lebensqualität zu überzeugen. Sie appelliert an den Gemeinderat voll hinter der BI zu stehen und zeigt sich neugierig, wer von den Mandataren im Anlassfall am 16. 9. gemeinsam mit der BI auftreten wird.

Mit diesem Appell ist auch die Berichterstattung und Diskussion zu diesem Punkt beendet.

Jugendwoche vom 27. Bis 31. 8. 2018

GR Helmut Stefan berichtet, dass es in der heurigen Jugendwoche einen Tag mit Gemeindeforschwerpunkt gibt (28. 8.). Er lädt die Gemeinderäte ein, sich aktiv einzubringen.

Danach lädt AL Herwig Fercher den Gemeinderat noch zur Feier anlässlich seines 60. Geburtstages am 21. 8. 2018 im Gasthaus Schwarzenbacher ein.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt dankt der Vorsitzende für die aktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 20:05 Uhr.

Mitglieder des Gemeinderates:

Der Bürgermeister:

Der Schriftführer:

Anhang zum Protokoll vom 12. Juli 2018/Punkt 10 der Tagesordnung

Programm fixe Punkte	Erläuterung/offene Fragen	Erledigung durch
<p>Freitag, 28. September Tag der Gemeinden</p> <p>Eintreffen der Gemeindeabordnung und der Vereinsleute/Quartierbezug</p> <p>Begrüßung – Sekt/Brötchen Sitzungssaal 18:00</p> <p>Gemeinsamer Marsch zum Festakt 20:00 Uhr Festakt in der Turnhalle Präsentation der Broschüre</p> <p>Möglichkeit anschließend im Festzelt gemütlich beisammen zu sitzen/volle Bewirtung.</p>	<p>Musikbegleitung durch TTK und Musikverein</p> <p>Festredner: EU-Abgeordneter Prof. Eugen Freund – langjähriger ORF-Korrespondent</p>	<p>Klärung im Einvernehmen mit den Bürgermeistern.</p>
<p>Samstag, 29. September Tag der Musikvereine</p> <p>15:00 Festumzug vom Gemeindeplatz zum Stanerplatz/Festzelt Danach - Festakt 21:00 Abendunterhaltung im Zelt „Die jungen Wernberger“</p>	<p>Von 10:00 bis 14:00 Uhr Besichtigungs-/Besuchsprogramm für die Gemeinderäte (Optionen: Gemeinderundfahrt, Wanderung, Reißbeck II, Besichtigungsfahrt BIOS, Pyramidenkogel etc.)</p>	<p>Klärung mit den beiden Gemeindeverwaltungen (Schlechtwetteroption) Mittagessen ist zu organisieren – je nach Ausflugsziel. Verpflegung abends im Festzelt (Bons).</p>
<p>Sonntag, 30. September</p> <p>10:00 Hl. Messe im Festzelt 11:30 Frühschoppen im Zelt mit der Dorfmusik Mühldorf Anschließend - Heimfahrt der Gäste</p>		<p>Trachtenkapelle Kolbnitz</p>